

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Christoph Vavrik, Tanja Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses (138 d.B.) über die Regierungsvorlage (50 d.B.) betreffend ein Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2014 (Bundesfinanzgesetz 2014 - BFG 2014) samt Anlagen, UG 45 – Bundesvermögen

zum Bericht des Budgetausschusses (138 d.B.)

über die Regierungsvorlage (50 d.B.) betreffend ein Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2014 (Bundesfinanzgesetz 2014 - BFG 2014) samt Anlagen

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2014 (Bundesfinanzgesetz 2014 - BFG 2014) samt Anlagen (50 d.B) in der Fassung des Ausschussberichtes 138 d.B wird wie folgt geändert:

„1. In der Anlage I der im Titel bezeichneten Regierungsvorlage ist in der Untergliederung 12 – Äußeres der Betrag folgenden Detailbudgets für das Jahr 2014 wie folgt zu ändern:


DB	Mittelverwendungs-/ Aufbringungsgruppe	von	abzuändern um (Mio. €)	auf (Mio. €)
12.02.01	Transferaufwand	82,025	+15,000	97,025
12.02.02	Transferaufwand	80,260	+4,000	84,260


2. Die Betragsänderung ist auch in der entsprechenden Rubrik, der Untergliederung, in den Globalbudgets, in der Übersicht Globalbudgets (Seiten 13f.) sowie bei den von den Änderungen jeweils betroffenen Summenbeträgen der Anlagen I, I.a, I.b, I.c, I.d, I.e und III zu berücksichtigen.

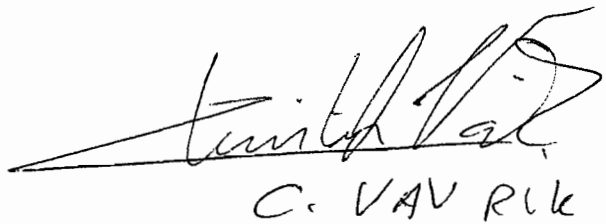
Begründung

Das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung enthält in dem Kapitel „Österreichs Verantwortung in der Welt wahrnehmen“ die Herausforderung „Österreich setzt sich aktiv für Menschenrechte, Frieden sowie soziale, wirtschaftliche und ökologische Sicherheit ein und beteiligt sich aktiv am Aufbau eines wirksamen multilateralen Systems mit den Vereinten Nationen als Zentrum, um damit die Schaffung einer geregelten und gerechten Weltordnung voranzubringen“. Diese Weltordnung kann nicht gesichert werden, sofern sich wohlhabende Länder ihrer finanziellen Verantwortung gegenüber internationalen Organisationen und den Vereinten Nationen entziehen.

[1] Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung 2013-2018, Seite 74f., „Internationale Solidarität stärken“, Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1014 Wien, <http://www.bka.gv.at/site/3354/default.aspx>

 (Acu)

 (Nline)


C. VAV Rik

